Die Zeit
8./VIII. 1919

Generalversammlungen.

Anglobank.

Unter Vorsitz des Präsidenten Prof. Dr. Julius Landesberger fand gestern die Generalversammlung der Anglo-Oesterreichischen Bank statt. Anwesend waren 57 Aktionäre, die 130.550 Aktien vertraten. Als Regierungsvertreter fungierte Oberfinanzrat Dr. Anton Hoch.

Der durch Direktor Kommerzialrat Hugo Schwarz zur Verlesung gebrachte Geschäftsbericht schildert zunächst die politischen Vorgänge im Berichtsjahre und bemerkt in der Einleitung unter anderem folgendes: Die Leitung der Geschäfte, speziell von dezentralisierten Instituten, wurde hierdurch außerordentlich erschwert, und es wurde nahezu unmöglich gemacht, bei Erledigung der einzelnen Geschäftsfälle und trotz aller notwendigen Vorkehrungen die Rückwirkung vollständig überblicken zu können. Insbesondere scheint es uns wichtig, schon heute in dieser Richtung alle Vorbehalte zu machen bezüglich der aus der Zentralstellung der Hauptniederlassung sich ergebenden Verantwortung für die Verpflichtungen in solchen Gebieten, in denen der Zentrale die privatrechtliche Dispositionsbefugnis über die Aktiven, zum Teil auch bezüglich der Passiven grundsätzlich benommen wurde. Ein dezentralisiertes Institut wie das unsrige, das ein großes Filialnetz in allen Teilen der alten Monarchie unterhielt, mußte durch diese Ereignisse selbstverständlich in Mitleidenschaft gezogen werden. In einer gerechten, loyalen und billigen Auseinandersetzung über die Rechte und Pflichten der neuen Nationalstaaten und ihrer Angehörigen hinsichtlich der Liquidation der Monarchie und auch untereinander müssen wir daher die wichtigste Voraussetzung für die Möglichkeit nicht nur der Aufrechterhaltung der Volks- und Staatswirtschaft in Deutschösterreich und in den übrigen Nationalstaaten, sondern insbesondere auch für die gesunde Weiterführung der Geschäfte unseres Instituts erblicken. Die in unlösbarer Verbindung stehenden Probleme territorialer, volks- und verkehrswirtschaftlicher und finanzieller Natur können ihre definitive Regelung erst im Friedensvertrag erfahren, dessen Bedingungen zur Zeit der Abfassung dieses Rechenschaftsberichtes nur zu einem Teil bekanntgegeben waren.

Der Bericht befaßt sich sodann mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen im Berichtsjahr und führt bezüglich der Banken aus: Im Bankbetriebe sind die Personalauslagen aus den gleichen Ursachen in außerordentlicher Weise gestiegen. Wir haben uns nicht nur genötigt gesehen, die Kriegsteuerungszulagen unserer Angestellten erheblich zu erhöhen, sondern auch darüber hinaus zur Bestreitung unumgänglicher Anschaffungen besondere Beiträge zu bewilligen. Ohne den im weiteren Teile des Berichtes folgenden ziffermäßigen Angaben vorgreifen zu wollen, müssen wir darauf verweisen, daß die sprunghaften Erhöhungen unserer Spesen, zu denen die steigenden fiskalischen Lasten treten, nicht im Verhältnis zu der durch die Ereignisse hervorgerufenen Entwicklung unserer Einnahmen stehen.

Die ungünstige Situation der Volkswirtschaft äußerte sich auch in einer anhaltenden Verschlechterung unserer Wechselkurse, die auf einem bis dahin ungekannten Tiefpunkt anlangten, eine Erscheinung, die leider im laufenden Jahre ihre Fortsetzung fand. Ueber das Schicksal unserer Londoner Niederlassung haben wir noch immer keine offiziellen Mitteilungen erhalten und können daher auch heuer wie im Vorjahr hierfür in unsere Gewinn- und Verlustrechnung keine Ziffern einstellen. Unsere Bilanz enthält lediglich die aus unseren hiesigen Büchern resultierenden Saldi der Londoner Niederlassung. Vollkommen verworren liegen die Verhältnisse in Ungarn, wo wir angesichts der Maßregeln, die uns die Verfügung über unsere dortigen Aktiven benommen haben, entsprechende Vorbehalte für die Verantwortung unseres Instituts machen müssen. Die vorstehend geschilderten Verhältnisse sowie die Kursrückgänge auf dem inländischen Wertpapiermarkt insbesondere der Kriegsanleihen haben auch bei uns ein beträchtliches Maß von Abschreibungen auf dem Effekten- und Konsortialkonto erforderlich gemacht.

Dem Bericht über die affiliierten Unternehmungen entnehmen wir in Ergänzung unseres früheren Mitteilungen folgendes:

Der Geschäftsgang bei der Ersten Allgemeinen Unfall- und Schadenversicherungsgesellschaft (früher Ersten Oesterreichischen Allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft) wurde durch den verlustbringenden Verlauf sowohl des Einbruchsversicherungs- als auch des Rückversicherungsgeschäftes sowie nicht minder durch die mit der allgemeinen Wirtschaftslage in Zusammenhang stehende bedeutende Steigerung der Geschäftsunkosten ungünstig beeinflußt. Immerhin darf auch für das Jahr 1918 ein im allgemeinen befriedigendes Geschäftsergebnis erwartet werden. Bei der Versicherungsgesellschaft „Oesterreichischer Phönix" konnte die Bilanz angesichts der Verkehrsbehinderung mit den außerhalb Deutschösterreichs gelegenen Arbeitsgebieten bisher noch nicht fertiggestellt werden. Die „Atlantica", Seeschiffahrt-Aktiengesellschaft in Budapest, hat den Bau ihrer Schiffswerft im Oktober vorigen Jahres eingestellt. Ihre Ozeandampfer sind von der italienischen und französischen Regierung in Verwendung genommen worden. Eine Bilanzaufstellung konnte bisher nicht vorgenommen werden. Die Becker & Ko. Drahtstifte-, Schrauben- und Stahlindustrie-Aktiengesellschaft, hat dank ihrer umsichtigen Leitung und des reichlichen Auftragsbestandes im abgelaufenen Geschäftsjahre sehr günstig abgeschlossen und war in der Lage, eine 19prozentige Dividende zu verteilen. Die Enzesfelder Munitions- und Metallwerke Aktiengesellschaft konnte bisher ihre Verrechnung mit der liquidierenden Heeresverwaltung nicht zu Ende führen. Schon aus diesem Grunde liegt bisher eine Schlußrechnung für das Jahr 1918 nicht vor. Angesichts der bekannten allgemeinen Schwierigkeiten vollzieht sich die Umstellung auf Friedensarbeit sehr langsam. Das bisher ertraglose laufende Geschäftsjahr ist mit dem großen Aufwande, den die Erhaltung des Beamten- und Arbeiterstandes erfordert, belastet. Die Oesterreichische Fiat-Werke A.-G. kann ihre Bilanz wegen der noch ausständigen Abrechnung mit der liquidierenden Heeresverwaltung nicht aufstellen. Außerdem fehlen die Schlußrechnungen der ungarischen Tochtergesellschaften. Das Wiener Unternehmen vollendet trotz der Ungunst der Verhältnisse, wenn auch in verkleinertem Maßstabe, die programmäßige Ausgestaltung und findet auch derzeit für seine durch die Verhältnisse allerdings stark reduzierte Produktion guten Absatz. Bei der Gerhardus & Söhne Aktiengesellschaft endet 1918 zum erstenmal der Rechnungsabschluß bereits mit dem 31. Dezember. Die Bilanzarbeiten sind noch nicht durchgeführt, weil von auswärtigen Niederlassungen Bilanzgrundlagen fehlen. Die Vorsorge für die Deckung der bestehenden Remboursverbindlichkeiten wird das Erträgnis, welches durch die ungünstige Konjunktur ohnehin geschmälert worden ist, weiter beeinträchtigen. Die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik war während des ganzen Jahres 1918 weniger beschäftigte als in den vorausgegangenen Kriegsjahren und konnte bisher mit Rücksicht auf ihre Fabrik in Magyar-Ovar den Rechnungsabschluß für 1918 noch nicht fertigstellen.

Der Geschäftsbericht und die Anträge des Generalrates über die Verteilung des Reingewinnes sowie die vorgeschlagenen Statutenänderungen wurden sodann ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Die Kooptierung des Herrn Emanuel Grab in den Generalrat wurde bestätigt und der turnusgemäß ausscheidende Generalrat Oberfinanzrat Dr. Julius Petschek wiedergewählt.

Der Generalversammlung ist eine Reihe von Statutenänderungen vorgeschlagen, die hauptsächlich durch den Zerfall der Monarchie bedingt sind. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Stellen zweier Vizepräsidenten in den Statuten vorgesehen.